

„Die Party ist vorbei“

Hilflos kämpfen Griechenlands Steuerfahnder gegen die Korruption, die Ergebnisse sind mager.

Wenn Griechenland in diesen Tagen kurz vor dem Bankrott steht, dann hat das, neben den vielen anderen Gebrechen dieses Staates, der maroden Verwaltung und dem Klientelismus, vor allem mit einer besonderen Form von Wirtschaftskriminalität zu tun: der Steuerflucht.

„Das Ganze ist eine Erziehungsfrage“, sagt Nikolaos Lekkas, 60, Chefskordinator der griechischen Steuerfahndung, „wir müssen uns eine Steuerkultur erst neu erarbeiten.“

Lekkas leitet die Einsätze der SDOE, wie die Athener Behörde zur Bekämpfung von Wirtschafts- und Finanzkriminalität genannt wird. Er kümmert sich um Mehrwertsteuerbetrug, um Scheingeschäfte, Briefkastenfirmen und nicht deklarierte Einkommen, früher war er Direktor der staatlichen Lotterie. Etwa 60 Milliarden Euro schulden griechische Bürger ihrem Staat, 165 000 Steuerverfahren liegen bei den Gerichten. Bis zu acht Jahre kann solch ein Verfahren dauern, oft währt es noch länger.

Auf Lekkas' Schreibtisch türmen sich die Akten, er zieht irgendein Blatt heraus, eine Mahnung an die Firma Naliko in der Kleinstadt Kranidi auf der Halbinsel Peloponnes. Naliko, ein Offshore-Unternehmen, schuldet dem Staat 29 Millionen Euro. 174 solcher Unternehmen hat die Behörde allein in Kranidi gezählt. „Ein griechisches Liechtenstein“, sagt Lekkas.

Seit Ausbruch der Krise, seit die internationalen Kreditgeber in Athen mitregieren, wird die politische Klasse Griechenlands an ihren Versuchen gemessen, dem Diebstahl am Gemeinwesen Herr zu werden. Erfolge sind bislang kaum zu verzeichnen.

Vorvergangene Woche veröffentlichte das Finanzministerium eine „Liste der Schande“ von 4152 Steuerständern mit Namen und Steuernummern; es war bereits die dritte. Auf fast 15 Milliarden Euro summieren sich allein die Schulden der dort Genannten samt Bußgeldern. Höchstens eine Milliarde Euro davon werde den Weg in die Staatskasse finden, sagen Experten. Viele der Genannten haben längst Insolvenz angemeldet, sitzen im Gefängnis oder sind gestorben.

„Aber die Party ist nun vorbei“, sagt Chefskordinator Lekkas. Es sind hohle Worte, gemessen an den Zahlen: 4,5 Milliarden Euro wollten die Fahnder im vorigen Jahr eintreiben, gerade mal 2 Milliarden sind es geworden. Dabei mangelt es nicht an Vorschriften, seit Oktober 2009 wurden allein zehn Steuergesetze vom Parlament verabschiedet. Es scheitert, wie so oft, an der Umsetzung.

Denn verantwortlich für das Steuerwesen ist nicht nur das Finanzministerium, dessen Abteilungen sich



Steuerfahnder in Athen

„Das Ganze ist eine Erziehungsfrage“

allein auf hundert verschiedene Gebäude in ganz Athen verteilen. Verantwortlich sind auch die Zollbehörde, das Ministerium für Bürgerschutz sowie dort, seit August 2011, eine eigene Steuerpolizei.

Eine Kooperation mit Lekkas' Behörde aber gibt es nicht. „Wir alle arbeiten völlig unabhängig voneinander“, sagt ein Polizeisprecher, die Parallelstrukturen würden vor Korruption schützen.

Und so weiß nach wie vor die eine Abteilung nicht, was die andere tut. Immerhin, im Athener Großraum arbeiten die meisten nun mit Computern. Bis vor einem Jahr herrschte lose Zettelwirtschaft im Euroland Griechenland. Von Mai an sollen auch die Steuerbehörden in Rest-Griechenland digitalisiert sein.

FERRY BATZOGLOU, JULIA AMALIA HEYER

hüter die ungeliebte Karte an die Politiker zurück. Vergangenen Donnerstag räumte EU-Kommissar Rehn ein, die Lücke im zweiten Rettungspaket sei nur durch staatliche Geldgeber zu stopfen. Zwar war die Bundesregierung wenig amüsiert. „Da ist Rehn komplett allein unterwegs“, schimpfte ein hoher Berliner Regierungsvertreter. Doch dass die Staaten um neue Griechenland-Kredite herumkommen werden, gilt unter Europas Regierungschefs als ausgeschlossen. Wenn es nicht anders gehe, sagt der luxemburgische Finanzminister Luc Frieden, müsse „die öffentliche Hand eventuell mehr Geld zur Verfügung stellen“.

Augen zu und durch, so lautet Europas Griechenland-Strategie. Dabei wird immer deutlicher, dass die Wirtschaft des Landes nach dieser Methode nicht wieder auf die Beine kommt. Zwar gibt die Athener Regierung in diesem Jahr 20 Milliarden Euro weniger aus als noch 2009.

Trotzdem steigt die Schuldenquote, weil die griechische Wirtschaft 2012 im fünften Jahr in Folge schrumpfen wird. Und aus eigener Kraft, davon sind fast alle Experten überzeugt, wird es das Land nicht schaffen, aus der Krise herauszukommen.

Die griechische Wirtschaft ist nicht leistungsfähig genug, um Wachstum zu erzeugen. Abgesehen von Olivenöl, Textilien und einigen Chemikalien gibt es kaum ein griechisches Produkt, das für den Export geeignet wäre. Im Gegenteil: Um seine Bürger ernähren

zu können, ist Griechenland auf Lebensmittelimporte angewiesen.

„Griechenland lebt seit Jahren über seine Verhältnisse“, heißt es in einer unveröffentlichten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). „Der Güterverbrauch überstieg die wirtschaftliche Leistung bei weitem.“

Besonders niederschmetternd ist das Urteil, das die DIW-Forscher über den Zustand jener Branche fällen, die gemeinhin als potentieller Wachstumsmotor gilt, den Tourismus. Der griechische Fremdenverkehr konzentriert sich demnach auf die Sommermonate. Im Rest des Jahres ist fast nichts los, Städtetourismus gibt es kaum, was eine insgesamt geringe Kapazitätsauslastung und hohe Kosten für die Hotelbetreiber bedeutet. In anderen Mittelmeerländern sind die Herbergen dagegen weit gleichmäßiger ausgelastet.

Ein entscheidender Grund für die Misere ist das vergleichsweise schlechte Preis-Leistungs-Verhältnis, heißt es in der Studie. Beim Tourismus im Mittelmeer-

NIKOS PILOS / DER SPIEGEL